

Gesundheitsreform

Rückschritt auf Kosten der Versicherten!

Eckpunkte der Großen Koalition:

- ▶ Gesundheitsfonds mit staatlich festgelegten Beitragssätzen.
- ▶ Versicherte müssen deshalb oftmals Extrabeiträge zahlen.
- ▶ Keine hinreichende Zusatzfinanzierung der Kassen aus Steuermitteln.
- ▶ Weiterhin Privilegien für Privatversicherungen.
- ▶ Einschnitte bei "selbstverschuldeten" Erkrankungen und teilweise Ausweitung in anderen Bereichen.

Die Folgen:

- ▶ Versicherte werden noch mehr belastet.
- ▶ Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wird weiter geschwächt.
- ▶ Besserverdienende können sich immer noch aus der Solidargemeinschaft verabschieden.

Nicht alle befürchteten Grausamkeiten sind in den Eckpunkten enthalten. Aber kein Grund zur Entwarnung: Die soziale Krankenversicherung bleibt gefährdet. Der Weg in die Zweiklassen-Medizin ist nicht gestoppt. Nicht weniger, sondern mehr Solidarität ist notwendig, damit alle Menschen in Deutschland eine gute Versorgung erhalten und die Krankenversicherung sozial gerecht finanziert wird. Darum fordert die IG Metall eine "solidarische Bürgerversicherung".

Reform gefährdet das Solidarsystem

Nun lässt die Große Koalition die Katze aus dem Sack: Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform liegen vor, aber die Große Koalition streitet sich immer noch. Trotz einiger sinnvoller Detailregelungen ist klar: Es geht darum, von den Versicherten neben den normalen Beiträgen, weitere Extra-Beiträge zu verlangen und die paritätische Finanzierung damit endgültig aufzugeben. Auch das Problem der Zeiklassen-Medizin ist nicht gelöst. Diese Politik ist der falsche Weg. Gemeinsam mit dem DGB und gesellschaftlichen Bündnispartnern setzt sich die IG Metall für eine solidarische Gesundheitsreform ein.

Die Pläne der Koalition

Die Regierung will statt der bisherigen Krankenversicherungsbeiträge einen zentralen Gesundheitsfonds einführen, in den Beschäftigte und Arbeitgeber künftig einzahlen. Die Höhe der einkommensabhängigen Beiträge wird staatlich festgelegt.

Ergänzt werden soll der Fonds durch zusätzliche Zahlungen der Versicherten. Damit sind nicht die Zusatzzahlungen für Medikamente, Kuren und Praxisgebühren gemeint. Vielmehr kommen neue Extra-Beiträge hinzu. Kassen, die Fondsmittel nicht ausschöpfen, können den Überschuss an ihre Versicherten zurückerzahlen.

Der Fonds soll nicht nur aus Beiträgen, sondern auch aus Steuern finanziert werden. 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2008, 3 Milliarden im Jahr 2009. Danach soll der Steueranteil weiter erhöht werden, heißt es.

Künftig soll es mehr Wahlmöglichkeiten geben: Statt des Sach-

leistungsprinzips können sich gesetzlich Versicherte für Kostentragung entscheiden. Ebenso werden mehr Selbstbehalte eingeführt.

Bei "selbstverschuldeter Behandlungsbedürftigkeit" sollen Gesundheitsleistungen eingeschränkt werden.

Die Privilegien der Privaten Krankenversicherungen bleiben im Wesentlichen erhalten.

Bewertung der IG Metall

Der Extra-Beitrag für Versicherte ist eine weitere starke Belastung.

Auch der geplante Steuerzuschuß ist nicht problemlos. Zwar ist die Mitfinanzierung des Fonds aus Steuermitteln besser als noch höhere Extra-Beiträge der Versicherten, aber: Nicht geklärt ist, aus welchen Steuermitteln der Zuschuß erfolgt. Hinzu kommt: Das Volumen ist völlig unzureichend.

Die Wahlmöglichkeiten der Versicherten erscheinen ebenfalls nur

auf den ersten Blick positiv. Nur wer es sich leisten kann, macht von Selbstbehalten Gebrauch.

Abzulehnen ist auch die Einschränkung des Leistungskataloges bei "selbstverschuldeten Behandlungsbedürftigkeiten". Erst sind es Piercings und später womöglich Unfälle beim Fußballspielen, deren Heilung die Beschäftigten bezahlen sollen. Damit wird einer generellen Einschränkung der Leistungen Tür und Tor geöffnet.

Den weitgehenden Erhalt der Privilegien der Privaten Krankenversicherungen lehnt die IG Metall ab. Er zementiert die Ungerechtigkeit.

Fazit:

Diese Reform gefährdet das Solidarsystem. Wir wollen keine Extra-Beiträge der Versicherten. Statt dessen müssen im ersten Schritt höhere Einkommen stärker zur Finanzierung des Solidarsystems herangezogen werden.

Leistungsfähige Gesundheitsversorgung für Alle - Keine Zwei-Klassen-Medizin!

Das sind die Forderungen der IG Metall:

- ▶ Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Politiker und Besserverdiener in die Gesetzliche Krankenversicherung einbeziehen (Solidarische Bürgerversicherung).
- ▶ Paritätische Finanzierung der Beiträge durch Versicherte und Arbeitgeber.
- ▶ Beitragsbemessungsgrenze anheben und auch Kapitaleinkünfte (Zinsen und Dividenden) zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung heranziehen.
- ▶ Vorbeugung und Gesundheitsvorsorge fördern; Fehl-, Über- und Unterversorgung abbauen.
- ▶ Selbstverwaltung der Krankenkassen stärken.
- ▶ Markt- und Verhandlungsmacht der kassenärztlichen Vereinigungen, der Pharmaindustrie und der Apothekerlobby begrenzen.